

# presse

---

## Vorsorge geht vor Nachsorge

**Katja Mast**, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin,  
**Ralf Kapschack**, zuständiger Berichterstatter:

**Heute wird der Bundeshaushalt 2014 des Bundesarbeits- und Sozialministerium im Bundestag beraten. Unser Fokus dabei ist klar: Es geht um eine vorsorgende statt einer reparierenden Arbeitsmarktpolitik. Bildung und Ausbildung sind das wichtigste Fundament für einen erfolgreichen Berufsweg. Deshalb haben wir die finanziellen Mittel für das erfolgreiche Programm MobiPro-EU um das Doppelte auf 96 Mio. Euro für das Jahr 2014 erhöht.**

„In den parlamentarischen Beratungen für den Bereich Arbeit und Soziales haben wir immer wieder darauf gedrungen, Vorsorge vor Nachsorge zu stellen. Das zeigt sich am Beispiel unserer Ausgaben für junge Menschen: Die finanziellen Mittel für das erfolgreiche Programm MobiPro-EU haben wir von 48,1 Millionen Euro auf 96 Millionen Euro für das Jahr 2014 erhöht. Damit ist es uns mit diesem Haushalt gelungen, die Mittel zu verdoppeln. Für die gesamte Förderperiode bis 2018 wird der Mittelansatz sogar mehr als verdreifacht.

Damit tragen wir der äußerst positiven Resonanz auf dieses Programm, und der großen Nachfrage junger Europäer, die in ihren Heimatländern keine berufliche Perspektive sehen, Rechnung. Durch MobiPro-EU bekommen diese jungen Menschen in Deutschland eine Chance auf eine Ausbildung. Damit leisten wir einen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Klar ist aber auch, dass weiterhin dringender Handlungsbedarf besteht, um Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in den Herkunftsländern zu schaffen und zu verbessern.

Was für Europa insgesamt gilt, ist auch für uns in Deutschland Richtschnur – Vorsorge geht vor Nachsorge. Deswegen werden wir, wie im Koalitionsvertrag

vereinbart, ganz besonders in die Bildung und Ausbildung junger Menschen investieren. Dazu gehört unter anderem die Förderung von Berufsausbildungen in Teilzeit, die Schaffung einer Kultur der zweiten Chance in der Ausbildung sowie die flächendeckende Einrichtung von Jugendberufsagenturen.

Erfreulicherweise ist es gelungen, die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik in dieser Legislaturperiode um 1,4 Milliarden Euro aufzustocken.“